

Partner — als Partei seit einem Jahr so geschlossen wie nie zuvor — aufgrund der Struktur seiner Anhänger freilich nicht suchen. Denn drei Viertel der FDP-Anhänger wollen die Koalition mit der SPD. Zudem sind die sogenannten neuen Mittelschichten, da ganz überwiegend abhängig Beschäftigte, durchaus reformbewußt. Die Union erreicht diese Wählerschichten deshalb so schwer, weil sie in den Augen der Bürger nicht als arbeitnehmerfreundlich gilt. Laut Ipsos-Studie aber ist diese Eigenschaft ein Hauptkriterium für Erfolg oder Mißerfolg einer Partei.

Absichtsvoll, wenngleich mit Überzeugung, steuern die Liberalen in Bonn einen Kurs zwischen Partnerschaft und Widerstand. Wirtschaftsminister Hans Friderichs etwa managt mit ziemlichem Erfolg — und gelegentlich zum Neidwesen der Sozialdemokraten — sein Ressort. Zugleich spielt er seinen Part als Wächter einer freien Wirtschaftsordnung mit so ordo-radikalen Untertönen, daß die Union daran mehr Gefallen findet als die SPD.

Freilich nimmt Friderichs so den Christparteien den Raum für Alternativen in der Sache. In der Wirtschaftspolitik, dem wichtigsten Wahlkampfthema, hat die Union in Bonn keinen attraktiven Gegner für Friderichs. Ein CDU-Strategie stellte fest: „Die FDP ist dabei, uns die Kleider zu stehlen.“

Außenminister Genscher isoliert die Opposition auf seine vertrackte Art nicht minder wirkungsvoll. Pünktlich zum beginnenden Wahljahr äußerte er — ganz CDU-like — auch öffentlich seine Skepsis gegenüber zu großen Entspannungshoffnungen.

Innenminister Maihofer vertritt unterdes nach anfänglicher Unsicherheit den „starken Staat“, dessen Kennzeichen freilich „die mit Liberalität getränkte Praxis“ sein müsse, denn: „Sonst ist es kein starker Staat.“ Das Dregger-Gemaule über den permissiven Staat, der die Kriminellen und Extremisten ermuntere, wirkt dagegen wenig überzeugend.

Gerade ihre Basis als kontrollierende Instanz hoffen die Freidemokraten in der heißen Phase des kommenden Wahlkampfes noch verstärken zu können. Die parlamentarische Opposition soll vorzeitig als sicherer Verlierer, der sie sogar nach Ansicht der meisten Unionspolitiker ist, auch noch öffentlich abgestempelt werden. Wer die Union unterstütze, so wird die Losung heißen, werfe mutwillig seine Stimme weg. Wer aber für die FDP votiere, erweise sich als politisch Mitdenkender, weil er so für eine wirkungsvolle Kontrolle innerhalb der Regierung Sorge.

Die Gefährlichkeit dieser Argumentation haben die Unionschristen bereits feststellen müssen: In Teilen des Großbürgertums und in der Industrie, so klagten CDU-Politiker, hat die FDP-Taktik schon jetzt Wirkung gezeigt.

## KISSINGER/SPD

### Grobe Wertung

**Wenn erst die italienische KP in Rom mitregiere, behauptet US-Außenminister Kissinger, werde auch die SPD in den marxistischen Sog geraten.**

Henry Kissinger macht sich Sorgen um Willy Brandts SPD. Zu allem, was den amerikanischen Außenminister derzeit beschwert, das Stocken der Abrüstungsgespräche mit Moskau, der Kampf um die Beherrschung Angolas oder der innenpolitische Machtverfall der Ford-Administration, sieht Kissinger nun auch den Hauptverbündeten



SPD-Kritiker Kissinger, SPD-Chef Brandt: Schreckbild vom Aufstand der Linken

der USA in Westeuropa, die Bundesrepublik Deutschland, in Gefahr. Dem konservativ gestimmten Metternich-Verehrer scheint die größte Bonner Regierungspartei auf die Dauer ein Sicherheitsrisiko.

Noch vor einigen Monaten hatte der Chef des State Department die deutschen Sozialdemokraten gelobt — freilich mehr aus Höflichkeit, wie sich jetzt herausstellt, denn der SPD-Vorsitzende saß mit am Tisch. Bei einem Essen zu Ehren des deutschen Ex-Kanzlers in Washington hatte der ehemalige dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag nach einer Reihe überschwänglicher Tischreden auf den Deutschen ein heikles Thema aufgebracht. Verwundert fragte der Däne, wie es denn bei diesem Lob zu erklären sei, daß so viele amerikanische Politiker immer noch Reserven gegenüber der SPD zeigten.

Kissinger wußte sogleich, was er seinem Gast schuldig war. Er pries Brandt und die SPD als „Bollwerk“ gegen den Kommunismus in Westeuropa.

Was der Amerikaner aber wirklich dachte, plauderte er kurz danach in einem privaten Gespräch aus: „Ganz Europa wird innerhalb von zehn Jahren marxistisch sein.“ Ungeachtet aller Unterschiede zwischen autoritären und parlamentarisch-demokratischen Parteien, zwischen Moskau-hörigen und nationalgesinnten Kommunisten, zwischen den Reformsozialisten skandinavisch-deutscher Prägung und dogmatischen Marxisten, warf der ehemalige Harvard-Professor alle in einen Topf: Für ihn ist jeder verdächtig, der Stammvater Karl Marx in seiner Ahnengalerie hängen hat.

Ende vergangenen Jahres schließlich, bei einem Essen mit europäischen Journalisten, redete Kissinger wieder von seinem Alptraum. Eine Beteiligung der italienischen Kommunisten an der römischen Regierung, wie sie KPI-Chef Enrico Berlinguer seit langem als „historischen Kompromiß“ anstrebt, komme einer Machtübernahme der KP in dem krisengeschüttelten Nato-Staat gleich. Denn die italienischen Kommunisten unterschieden sich in nichts von ihren Bruderparteien; den tiefgehenden ideologischen Zwist zwischen der Moskauer KP und der KPI ließ er nicht gelten.

Schlimmer noch: Die Bundesrepublik Deutschland, bislang Hort der Stabilität in Westeuropa, droht laut Kissinger in den Sog eines italienischen Machtwechsels zu geraten. Den zu strengem Stillschweigen vergatterten Journalisten entwickelte er — fern al-

ler Bonner Realitäten — das Schreckbild eines Aufstandes der Linken.

Angestachelt von einer Volksfront-Regierung in Italien, werde sich der linke SPD-Flügel gegen Kanzler Helmut Schmidt erheben. Der Amerikaner fürchtet, der Atlantiker Schmidt könne dann von seiner eigenen Partei zur Distanz gegenüber USA und Nato gezwungen werden. Brandt scheint ihm keine Garantie gegen eine solche Entwicklung zu bieten, die, so drohte Kissinger, zum Abzug der amerikanischen Truppen vom europäischen Kontinent führen müsse.

Der amerikanische Außenminister hatte auch ein Beispiel parat, wohin es führe, wenn man Sozialisten an die Regierung lasse. Schließlich sei auf Betreiben Herbert Wehners auch die SPD 1966 erst einmal als Juniorpartner in eine von Rechten geführte Regierung eingetreten und habe dann die ganze Macht erobert.

Als Willy Brandt die grobe Kissinger-Wertung hinterbracht bekam, raunte der SPD-Chef: „Kissinger hat doch eigentlich Sorgen genug, so daß er sich nicht noch welche, auf die SPD bezogen, ausdenken muß.“ Und auf Gerüchte angesprochen, unter den in Washington regierenden Republikanern plädierten vor allem jene Kräfte für eine Ablösung der Bonner SPD/FDP-Regierung durch die CDU/CSU, die den Bonner Entspannungstil stets mit Mißtrauen verfolgt hatten, erwiderte Brandt: „Natürlich gab es Skepsis gegenüber der neuen Ostpolitik, denn schließlich gibt es auch Konservative in den USA.“

Nicht ganz so gewunden erläutern Brandt-Gehilfen in der neuen SPD-Zentrale das komplizierte Verhältnis ihres Chefs zu Henry Superstar: Der Amerikaner habe offensichtlich nie verwunden, daß ihm Brandt zu Zeiten seiner Kanzlerschaft stets den Rang als prominentester Entspannungspolitiker des Westens streitig gemacht und den Friedensnobelpreis vor ihm in Empfang genommen habe.

Im übrigen, so die Brandt-Leute weiter, unterhalte die SPD schon seit langem engere Beziehungen zu Amerikas Demokratischer Partei als zu den Republikanern Fords. Die Ford-Crew ärgere sich offenbar darüber, daß sich die US-Demokraten Nutzen von einer Kooperation mit den deutschen Sozis versprechen. So habe etwa der Orientierungsrahmen '85 großes Interesse bei den Demokraten gefunden, die sich von dem deutschen Papier Fingerzeige für die Bewältigung innenpolitischer Probleme in den USA erhofften.

Zudem, erklärt ein Brandt-Mitarbeiter, passe es nicht in Kissingers „hegemoniales Weltbild“, daß die Bundesrepublik ausgerechnet unter Führung der SPD zusehends an internationalem Gewicht gewinne und eine eigenständigere Politik betreibe.

Der Parteichef selber jedoch bemüht sich trotz seines Ärgers um Verständnis für Kissingers Nörgelei am gefestigten Selbstbewußtsein der deutschen Sozialdemokraten. „Wenn ich amerikanischer Außenminister wäre“, sagt Brandt, „hätte mir das auch nicht geschmeckt.“

## GELDPOLITIK

### Schnelle Mark

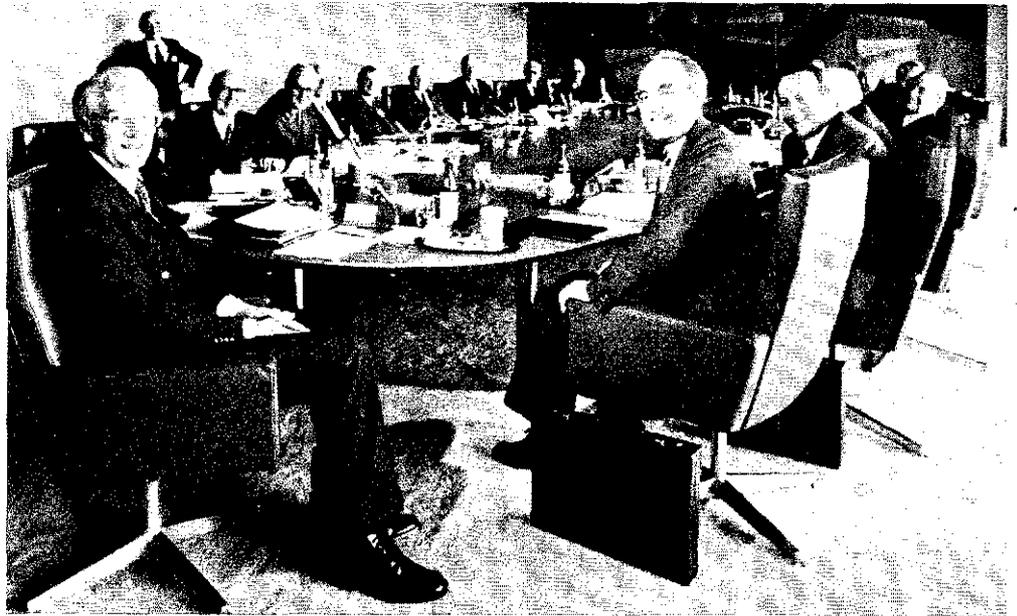
**Das Kabinett und die Bundesbank vereinbarten, daß die Geldversorgung 1976 um acht Prozent steigen soll. Das könnte für den erwarteten Wirtschaftsaufschwung nicht genug sein.**

Am Ende erklärte wieder einmal der Kanzler, worauf es ankommt. Nachdem die Kabinettsmitglieder auf ihrer letzten Sitzung im alten Jahr gemeinsam mit zwei Bundesbankiers aus Frankfurt die Konjunktur und die

Doch damals sollte die Geldvermehrungsrate von Silvester 74 bis zur Neujahrsnacht letzter Woche gelten (laufende Rate). Die neue monetäre Planziffer bedeutet dagegen etwas ganz anderes. Sie legt fest, um wieviel das Geld „im Jahresdurchschnitt des Jahres 76 gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 75“ (Zentralbankbeschuß) steigen darf. Dabei wird, anders als bei dem zuvor angewandten Verfahren, als Zuwachs für 1976 schon jener Teil mitgezählt, um den die Geldbestände am Jahreswechsel höher sind als im Schnitt der letzten zwölf Monate.

Dieser Betrag, den die Statistiker „Überhang“ nennen, ist voraussichtlich so beträchtlich, daß die Bundesbankiers im zweiten Halbjahr 1976 die Geldversorgung erheblich herunterfahren müssen, wenn sie ihr Durchschnittsfi mit tatsächlich einhalten wollen.

Das aber hat politische Folgen. Wenn nämlich die Bundesbankiers im Sommer gemäß der selbstauferlegten



Zentralbankrat-Sitzung am 18. Dezember 1975: „Nicht die Inflation finanzieren“

Geldpolitik für 1976 beredet hatten, belehrte Helmut Schmidt die Runde, „daß Hau den Lukas nicht geht“.

Mit der volksnahen Formel umschrieb Schmidt den Sinn des Vorhabens, das vom Kabinett am 17. Dezember beraten und vom Zentralbankrat tags darauf beschlossen wurde.

Zum zweiten Mal in ihrer Geschichte sagten die obersten Währungshüter, die das deutsche Geld herstellen und damit festlegen, wieviel insgesamt im Lande für Güter oder Dienstleistungen ausgegeben werden kann, schon vorher an, was sie für das kommende Jahr planen: 1976 soll die Wirtschaft, die ohne zusätzliches Geld nicht aus dem Konjunkturtief käme, mit acht Prozent mehr Bargeld versorgt werden — das ist der gleiche Zuwachs, den die Notenbank für 1975 verordnet hatte.

Formel den Zuwachs der Geldmenge tatsächlich bremsen, steigen möglicherweise kurzfristig die Zinsen, und dann, so erläutert der Geldexperte des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, Norbert Walter, „wird eine Finanzklemme und eine Delle im Aufschwung möglich“. Ohnehin, klagt Walter, „wird dieser Aufschwung sowieso nur eine jämmerliche lahme Ente“.

Kaum jemand rechnet damit, daß im neuen Jahr das westdeutsche Brutto-sozialprodukt (die Summe aller Güter und Dienste) um mehr als vier bis fünf Prozent wächst. Das reicht höchstens aus, um die Arbeitslosenzahl wieder knapp unter eine Million zu drücken.

Aber trotz des wahrscheinlich langsamen Aufstiegs haben die Zentralbankiers Ängste wie sonst nur im Boom. „Wir bleiben eisern entschlossen“, so